



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/262 - 19.11.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Einweise
auf den Inhalt:

Die Koalition und die deutsche Wiedervereinigung	S. 1
Vor neuen Entwicklungen im Vatikan	S. 3
Das Ende der Niederdeutschen Union	S. 5
Konflikt um Wirmeling	S. 7

Die Furcht vor der Einheit

Von Fritz Erler M.d.B.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit gerät in der Weltpolitik ins Hintertreffen - nicht ohne deutsche Schuld. Bisher hat der Bundestag mehrfach bekundet, dass es sich dabei um die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik handele. Seit dem Sommer aber haben massgebende Abgeordnete der CDU die deutsche Einheit als nur eines unter vielen zu lösenden Problemen bezeichnet. Angeblich würden die Westmächte alles für die Wiedererlangung der deutschen Einheit tun. Es wird aber nie zur deutschen Einheit kommen, wenn man die Wiedervereinigung mit der Forderung nach dem Unerreichbaren koppelt, nämlich nach der Verwandlung der jetzigen Sowjetzone in einen amerikanischen Truppenübungsplatz.

Selbst Dulles erklärt, dass die Gefahren für den Frieden geringer geworden seien. Es kann also niemand mehr mit gutem Gewissen behaupten, die militärische Einschmelzung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt sei nötig, um eine unmittelbar drohende sowjetische Aggression abzuwehren. In Wirklichkeit sollen westdeutsche Divisionen auf Sicht das amerikanische Fußvolk in Europa ablösen. An einen ernsthaften Versuch, über die Hebung des eisernen Vorhangs zur Sowjetzone zu verhandeln, scheint im Westen zur Zeit niemand herangehen zu wollen. Es wird sichtbar, dass die Durchführung der Verträge von London und Paris die Verhärtung der Spaltung Deutschlands bedeutet, wie der Art. 7 Abs. 2 des neuen Generalvertrages zeigt.

19.11.1954

Die Sowjets haben inzwischen einige Noten geschickt. Der von ihnen vorgeschlagene Konferenztermin wäre selbst bei gutem Willen nicht einzuhalten. Der Fahrplan der Westmächte und des Bundeskanzlers sieht Verhandlungen erst nach der Ratifizierung ihrer Verträge vor. Aber worüber? Man will nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Sowjets nach der Durchführung der Verträge ein ganz anderes Verhandlungsthema haben als vorher. Die "Frankfurter Allgemeine" macht am 18. November darauf aufmerksam:

"Wenn die Westmächte trotzdem daran festhalten, keine Konferenz vor der Ratifizierung zuzulassen, dann werden die Russen hierin ein Alibi erblicken, nicht mehr über die Wiedervereinigung zu sprechen, sondern nur noch über die Sicherheitsorganisation, die das Andauern der Teilung voraussetzt. Dies scheint der eigentliche Sinn der russischen Drohung zu sein."

Die Sozialdemokratie hat in dieser Situation die Initiative ergriffen und verlangt, dass der Bundestag noch einmal mit Nachdruck Viermächteverhandlungen mit dem Ziel der Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland fordert, und zwar soll er sich dazu bekennen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eine Gegenwartsaufgabe der Politik ist und nicht etwa ein fernes Traumziel. Deshalb sollen die drei Westmächte den Vorschlag der Sowjetnote vom 23. Oktober auf Abhaltung von Viermächteverhandlungen über die Einheit Deutschlands positiv beantworten und endlich anfangen, ihre eigene Haltung auf einer solchen Konferenz vorzubereiten. Schließlich sollte man sich dazu bereit erklären, sowohl über die Wiedervereinigung Deutschlands als auch über seine Eingliederung in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen zu verhandeln. Selbst der Bundeskanzler scheint doch eingesehen zu haben, dass die Wiedervereinigung Deutschlands und die Sicherheit Europas zwei nicht voneinander zu trennende Probleme sind. Die von den Sowjets angeregte gesamteuropäische Konferenz über ein System der kollektiven Sicherheit sollte man aussetzen, damit zunächst die Viermächteverhandlungen mit den beiden genannten Tagesordnungspunkten abgehalten werden.

Die Mehrheit des Bundestages hat sich wieder einmal diesen Vorschlägen verschlossen. Sie hat zu erkennen gegeben, dass sie der Vervollständigung des militärischen Einbaus Westdeutschlands in das System des Atlantikpakt es den Vorrang gibt vor dem Versuch der friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Weltmächte "integrieren" jeweils ihren Teil Deutschlands und finden sich mit der Spaltung Deutschlands ab. Es muß Aufgabe der Deutschen sein, diese Gefahr für die deutsche Einheit auszuschalten und eine Politik der Entspannung auf der Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands vorzuschlagen. Wir müssen dem Westen zeigen, welchen Illusionen er nachjagt, wenn er Entspannung bei deutscher Teilung sucht.

Eine dauerhafte Befriedigung in Europa wird es nicht geben, solange Deutschland in verschiedene Teile zerrissen bleibt. Solange behält die Sowjetpolitik den wichtigsten Trumpf in der Hand: die Gewährung der deutschen Einheit. Der Westen sollte den Sowjets nicht die Möglichkeit geben, als die einzigen Verfechter der deutschen Einheit zu erscheinen. Er muß auch daran denken, welche Hoffnungen er zertrümmert, wenn er die Sowjetzone mit ihren 18 Millionen Deutschen tatenlos der weiteren Bolschewisierung überlässt. Er sollte sich von den Vorstellungen derer freimachen, denen die Bundesrepublik Deutschland gerade groß genug ist und welche die Sicherheit der jetzigen zufälligen politischen, sozialen und konfessionellen Zusammensetzung der Bundesrepublik dem Risiko der Wiedervereinigung Deutschlands vorziehen.

+ + +

- 3 -

Lebt das Amt des Kardinal-Staatssekretärs wieder auf?

PE - Rom, Mitte November

In vatikanischen Kreisen hat die Nachricht von der Ernennung Monsignore Giovanni Battista Montinis zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Erzbischofs von Mailand Ildelfonso Schuster erhebliche Aufregung hervorgerufen, obgleich diese Ernennung keineswegs aus heiterem Himmel erfolgte.

Dem Entschluß Pius des Zwölften, das vakant gewordene Erzbistum Mailand gerade mit Monsignore Montini zu besetzen, kommt darum ganz besondere Bedeutung zu, weil damit die seltsame Doppelregierung ihr Ende findet, die bisher während dieses ganzen Pontifikats das vatikanische Staatssekretariat beherrscht hat. Papst Facelli ist bekanntlich vor seiner Erhebung auf den Stuhl Petri lange Jahre hindurch Kardinal-Staatssekretär, das heißt Außenminister der Kurie gewesen, und er hat auch als Papst diese Leitung der äußeren Angelegenheiten nicht aus der Hand geben wollen. So ließ er den Posten eines Kardinalstaatssekretärs unbesetzt und ernannte lediglich zur Durchführung der praktischen Geschäfte zwei "Prosekretäre", die beide nicht Kardinalrang hatten: Monsignore Montini und Monsignore Tardini. Es ist kein Geheimnis, dass zwischen diesen beiden Monsignori, von denen der eine die "ordentlichen" und der andere die "außerordentlichen" Angelegenheiten wahrzunehmen hatte, nicht immer das beste Einvernehmen herrschte, und man darf wohl annehmen, dass dieser stille Antagonismus zwischen den beiden wichtigsten Funktionären des vatikanischen Apparates dem Papst keineswegs unwillkormen gewesen ist, da es einen gewissen Ausgleich der widerstrebenden Ansichten und Tendenzen gewährleistete.

Dieses langjährige, kunstvolle Gleichgewicht im Staatssekretariat wird nun durch die Ernennung Monsignore Montinis zum Erzbischof von Mailand über den Haufen geworfen, und es erscheint reichlich unklar, in welcher Weise die Leitung des wichtigsten Amtes der Kurie nun neu geordnet werden soll. Wird Montini Kardinal, so erscheint auch die Erhebung seines bisherigen Kollgen Tardini zum Kardinal unvermeidlich, da dieser der Rangältere der beiden Monsignori ist. Damit aber würde gewissermassen automatisch jene Stellung des Kardinal-Staatssekretärs wieder aufleben, die zu besetzen der Papst bisher beharrlich vermieden hat.

Freilich könnte es auch sein, dass Pius der Zwölfte sich in naher Zukunft auch Tardini entledigt, indem er ihm ein anderes angemessenes kirchliches Amt überträgt, und dass die Diarchie im Staatssekretariat durch Ernennung eines neuen Doppelgespanns von "Prosekretären" wiederhergestellt wird. Eine solche Lösung erscheint jedoch wenig wahrscheinlich, wenn man den schwankenden Gesundheitszustand des Papstes bedenkt. Es würde an die Arbeitskraft Pius des Zwölften ganz bedeutende Anforderungen stellen, müßte er nun mit einer Male auf alle beide seiner wichtigsten bisherigen Mitarbeiter verzichten und sich an neue Männer in seiner engsten Umgebung gewöhnen.

Bleibt aber Tardini im Amt und wird er zum Kardinal-Staatssekretär, so käme dem eine nicht unerhebliche politische Bedeutung zu. Man weiß, dass in der bisherigen Diarchie Montini-Tardini der nunmehrige Erzbischof von Mailand die relativ reformfreundige Richtung innerhalb des hohen Klerus repräsentierte, Tardini hingegen die betont konservativen Elemente. Nicht umsonst hat sich Monsignore Montini seinerzeit in einem aufsehenerregenden Schreiben mit dem Bürgermeister von Florenz La Pira weitgehend solidarisch erklärt, als La Pira sich zum Schrecken der Industriellenverbände auf die Seite streikender Arbeiter stellte und für deren Rechte eintrat.

Aber noch in einer anderen Beziehung könnte die Erhebung Montinis zu seiner neuen Würde unter Umständen sehr weitreichende Folgen haben. Mit der jetzt sozusagen unausbleiblich gewordenen Verleihung des Kardinalshutes an Erzbischof Montini würde dieser nämlich alsbald in die erste Reihe der Anwärter auf den Papstthron aufrücken.

Man billigt in informierten Kreisen diesem hochgebildeten, klugen und versierten Diplomaten, der einunddreißig Jahre seines Lebens im vatikanischen Staatssekretariat verbracht hat und im In- und Ausland großes Ansehen genießt, für den Fall einer Vakanz auf dem Stuhl Petri außerordentlich große Chancen zu, immer unter der Voraussetzung, dass er in Bälde dem Kardinalskollegium angehören und daher am nächsten Konklave teilnehmen wird. Seine Wahl zum Nachfolger Pius XII. könnte eine sehr fühlbare Neuorientierung der katholischen Kirche im Sinne einer verstärkten Anpassung an die politischen und sozialen Gegebenheiten zur Folge haben.

CDU und DP marschieren getrennt

-dt, Hannover

Sang- und klaglos ist vor wenigen Tagen die Niederdeutsche Union zu Grabe getragen worden. Zwar besteht im niedersächsischen Landtag noch die aus CDU und DP hervorgegangene NU-Fraktion, beide Parteien haben aber bekanntgegeben, dass sie im Wahlkampf für den Landtag - voraussichtlicher Wahltermin 24. April 1955 - getrennt auftreten werden. Das ist das Ende des vier Jahre alten Versuches, vereint marschierend "die sozialistische Vorkherrschaft in Niedersachsen zu brechen". Um dieses seit Gründung des Landes Niedersachsen heiß angestrebte und nie erreichte Ziel wollen beide Parteien in Kauf nehmen, dass praktisch seit 1947 keine über ihre tatsächliche Stärke (oder Schwäche) Bescheid wußte. So etwas verleitet immer zu Führungskämpfen, absorbiert beträchtliche Teile der durch Zusammenschluß gewonnenen Kraft, verwischt die Zielsetzungen und ruft das Gegenteil von dem hervor was man erhoffte; es stärkt nicht, es schwächt. Die Niederdeutsche Union hat daher stets nur aus der Fraktion bestanden, ein Zusammenschluss der Parteiorganisationen, wie er einmal angekündigt wurde, ist nie versucht worden.

Die FDP spielte nicht mit

Heinrich Hellwege, Initiator der NU, mußte schon bei der Gründung dieses merkwürdigen Gebildes mit "menschlich erschütternder Enttäuschung den schwerstwiegenden Geburtsfehler der Niederdeutschen Union bekanntgeben: die FDP spielte nicht mit. "In einem Augenblick, wo es für Deutschland um Sein oder Nichtsein geht", wie hochtönend das Kommuniqué feststellte, das Hellwege der Presse übergab, als er die Absage der FDP in der Hand hatte. Nun, am damaligen Status von "Deutschland" hat der "Wortbruch" der freien Demokraten bis heute ebensowenig geändert wie der mannhaftige Entschluß der beiden übriggebliebenen Parteien, vereint die SPD zu schlagen.

Seit der Bundestagswahl 1953 war der Zerfall der NU zu erwarten. Die CDU, 1951 wegen Wählerschwund fast manövrierunfähig, erhielt 1953 über 35 % aller Stimmen im Land, die DP nur 11.9 v.H. Zwar geben diese Zahlen wegen des Charakters der Wahl ein schiefes Bild über die Situation

im Land, aber für die CDU waren sie Anlass genug, gegen die bisherige Vormundschaft der DP aufzubegehren. Die CDU hat heute noch in der gemeinsamen Fraktion 16, die DP 25 Abgeordnete; gewiss eine Farce, wenn man die Bundestagswahl mit einigen Abstrichen als Masstab nimmt. Die Auseinandersetzungen darüber konnte man in der Parteipresse nachlesen.

Die jetzt vorgenommene Änderung des niedersächsischen Wahlgesetzes die sogenannten Überhangmandate werden kompensiert, eine Konzession der SPD an die anderen Parteien - hat den letzten Anstoß zu dem Entschluß der beiden Parteien gegeben, getrennt in den Wahlkampf zu gehen. Es dürfte wahrscheinlich der erste Fall sein, dass eine am Ruder befindliche Partei das Wahlgesetz zu ihren Ungunsten ändert, bisher war bei Wahlrechts-Modifizierungen das Gegenteil gewöhnt. Das spricht für das Selbstbewußtsein, mit dem die SPD der Auseinandersetzung entgegen sieht. Weniger glaubwürdig erscheint das Selbstbewußtsein, das die CDU zur Schau trägt; sie hofft, immer noch fasziniert von ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl, dass sie die zweitstärkste Partei im Lande wird. Vielleicht wäre ihr das gelungen, wenn Hermann Ehlers noch lebte. Er war als Spitzenkandidat, als Wahlmagnet aussersehen. Mit seinem Tode aber ist die niedersächsische CDU wieder in die Klemme geraten, unter der sie litt, seit sie auf Dr. Gereke verzichten mußte: es fehlt ihr an Persönlichkeiten. Der Name Cillien taucht nun auf, Oberkirchenrat aus Hannover. Er wird im Zusammenhang mit den Kombinationen um die Wahl des zweiten Bundesvorsitzenden der CDU genannt und er ist in der letzten Zeit auffällig oft in der Umgebung des Kanzlers zu sehen. Aber Cillien ist nicht Ehlers, sein Name ist eng verbunden mit der Zeit, da die niedersächsische CDU nach der Ausbohrung Gerekes und dem Auftreten des EHE einen Tiefstand an Mitgliedern und Wählern verzeichnete.

Buhlen um die Rechtsradikalen

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der niedersächsische Wahlkampf ein eifriges Buhlen um die 366.000 Wähler bringen, die 1951 die Sozialistische Reichspartei zur Viertstärksten Partei im Lande erhoben. Analysen der Bundestagswahl haben ergeben, dass die Rechtsradikalen 1953 von der CDU absorbiert wurden. Ob das 1955 wieder gelingen wird, steht dahin. Die Außenpolitik des Kanzlers spricht nicht dafür. Gewisse

Erscheinungen lassen erkennen, dass vor allem die niedersächsische FDP keine Scheu haben wird, die Saar-Verlegenheiten des Bundeskanzlers im Kampf um die SRP-Wähler auszuschlachten. Die kürzlich im Landtag von der FDP eingebrachte und angenommene Saar-Entscheidung ist eine dieser Erscheinungen. Die zaghafte Haltung der DP in der Saar-Frage zeigt andererseits, dass Hellweges Partei nicht gewillt ist, der FDP die SRP-Wähler kampflos zu überlassen, zumal sie auf ihrem ursprünglichen Feld, dem der "Treue zum angestammten Herrscherhaus", eine Konkurrenz in der neu gegründeten Deutsch-Hannoverschen Partei bekommen hat.

Offen ist bei diesen sich schwarz-weiß-rot abzeichnenden Kämpfen, ob nicht Remer, ehemaliges Idol der Rechtsradikalen, einen Strich durch die SRP-Rechnungen der verschiedenen Parteien ziehen wird. Zur Zeit wartet er in Varel ab, ob er die drei Monate absitzen darf oder nicht, die ihm 1952 aufgebremst worden waren. Solange er darüber keine Gewissheit hat, schwebt das Damoklesschwert des täglichen Hafteinzugs über ihm. Etwaigen Wahlkampfplänen ist diese Ungewissheit nicht förderlich.

+ + +

Moralisch gerichtet

sp - Was muß noch geschehen, um einen Minister, der durch sein provozierendes Verhalten die Gegensätze in unserem Volke schürt, zum Verlassen des Kabinetts zu zwingen? Gewiß hat sich auch die CDU/CSU Fraktion von Dr. Würmeling distanziert, sowohl von seiner aufreizenden Rede in Gelsenkirchen als auch von seinem mißglückten Rechtfertigungsversuch im Bundestag. Sie vollzog mit allen anderen Fraktionen die moralische Hinrichtung des Familienministers, wollte sie nicht auf einen Teil auch ihrer Abgeordneten den diffamierenden Vorwurf sitzen lassen, sie hätten deshalb gegen Dr. Gerstenmaier als Präsidenten des Bundestages gestimmt, weil er "ein Exponent des gläubigen Christentums" sei.

Diese von einem hemmungslosen Fanatismus zeugende Bemerkung Würmelings schuf im Bundestag eine Einheitsfront des Abscheus, des Widerwillens und der Empörung, wie man sie selten erlebte. Sie wurde auch nicht dadurch getrübt, dass die CDU/CSU Fraktion erst an letzter Stelle die das ganze Haus beruhigende Erklärung abgab, dass sie keineswegs die Ansichten Würmelings teile und in aller Form von ihm abrücke. Die Bloßstellung des Familienministers durch den Sprecher der größten Regierungspartei, die schon aus taktischen Gründen unvermeidlich war, würde freilich mehr an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn auch der Vorsitzende der CDU und Bundeskanzler Adenauer die Distanzierung von seinem Sonderminister vollzöge - aber das heißt wohl zuviel zu verlangen ...

Verantwortlich: i.V. Albert Exler